

Unsere Anträge für die Landtagssitzung April 2019

www.linksfraktionmv.de



Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage [Drucksache 7/3396](#)

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erreichen, dass im nächsten der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges in Mecklenburg-Vorpommern zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Der 75. Jahrestag ist ein guter Anlass, diesen Gedenktag zu einem einmaligen Feiertag zu erklären. Mecklenburg-Vorpommern würde damit dem Beispiel des Landes Berlins folgen, das den 75. Jahrestag ebenfalls zum einmaligen gesetzlichen Feiertag erklärt hat.

Aufbau Ost - Schulen im ländlichen Raum sichern - gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land [Drucksache 7/3402](#)

Der Bestand einer flächendeckenden Schullandschaft im ländlichen Raum ist gefährdet. Immer mehr kleine allgemeinbildende Schulen auf dem Lande stehen mangels Schülerzahlen vor der Schließung. Die berufliche Bildung ist aus der Fläche verschwunden und in großen Berufsschulen zusammengefasst. Die Zahl der Landesfachklassen nimmt stetig zu. Im Ergebnis dieser Entwicklung werden die Wege für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende länger. Das ist mit Zeit und zusätzlichen Kosten verbunden.

Mit dem Wegfall weiterer Bildungsstrukturen verliert der ländliche Raum weiterhin an Attraktivität. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als politisches Handlungsziel würde weiter in die Ferne rücken. Um diesen Entwicklungen entgegen zu steuern bedarf es anderer Rahmenbedingungen, um eine flächendeckende Schullandschaft zu erhalten.

Bündnis für gute Schule in Mecklenburg-Vorpommern

Das gab es noch nie, dass sich mit dem „Bündnis für gute Schule in M-V“ eigentlich Gegenspieler mit unterschiedlichen Ansichten vereint haben um aufzuzeigen, dass die Zustände im Bildungssystem des Landes zunehmend aus dem Ruder laufen. Wenn schon die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Lehramtsstudierende, Eltern und Hochschulen sich zusammenschließen, muss die Landesregierung aufhorchen und sich endlich aus der bildungspolitischen Lethargie befreien.

Berufung einer oder eines Antisemitismusbeauftragten [Drucksache 7/3395](#)

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt selbstverständlich alle Aktivitäten im Kampf gegen Antisemitismus. Auch in Mecklenburg-Vorpommern hat sich die Anzahl antisemitischer Straftaten leider deutlich erhöht.

Wir hätten uns auch eine stärkere Anbindung der oder des Antisemitismusbeauftragten beim Landtag vorstellen können. In dieser Frage sollte aber das Gemeinsame in den Vordergrund rücken.

Vermögenssteuer wieder erheben [Drucksache 7/3397](#)

Seit 1997, nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wird die Vermögenssteuer in Deutschland nicht mehr erhoben.

In keinem Land Europas, ausgenommen Österreich, ist Reichtum so ungleich verteilt wie in Deutschland. Das reichste Prozent aller Haushalte verfügt mit rund 2,7 Billionen Euro über etwa ein Drittel des gesamten Nettovermögens in Deutschland. Demgegenüber liegt der Anteil am gesamten Nettovermögen der ärmeren Hälfte aller Haushalte bei lediglich 2,6 Prozent. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung nimmt in Deutschland beständig zu.

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Steuersystems wird allerdings wesentlich von der gerechten Lastenverteilung auf die Bürgerinnen und Bürger bestimmt. Durch die Aussetzung der Vermögenssteuer erfolgte eine Umverteilung der Lasten zugunsten der Vermögenden in Deutschland. Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer - in einer verfassungskonformen Ausgestaltung - ist als Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend geboten. Angekündigte soziale Vorhaben ließen sich über eine Besteuerung von großem Vermögen dauerhaft finanzieren. Davon würde auch Mecklenburg-Vorpommern profitieren. Eine einseitig auf die Ausgaben fixierte Sparpolitik kann langfristig keine positive Wirkung entfalten.

Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz sofort stoppen [Drucksache 7/3398](#)

Viele Beschäftigte arbeiten bereits heute an der Belastungsgrenze. Stress und psychische Erkrankungen sind auf dem Vormarsch. Dennoch nehmen die Versuche, das Arbeitszeitgesetz schrittweise auszuhöhlen, zu. Die Branchenkampagne „Höchste Zeit für Wochenarbeitszeit“ des DEHOGA oder die jüngste Bundesratsinitiative aus Nordrhein-Westfalen zeigen dies deutlich. Auch Maßnahmen der Landesregierung, wie die vereinfachte Antragstellung zur Anerkennung als Saisonbetrieb, sind ebenfalls ein Angriff auf das Arbeitszeitgesetz. Zudem setzt die Regelung tarifgebundene Unternehmen unter Druck und ist daher abzulehnen. Diese Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz müssen aufhören.

Ostsee schützen - Plastikmüll verringern [Drucksache 7/3399](#)

Die Verschmutzung mit Plastik Ausmaße angenommen hat, die Natur und Umwelt massiv bedrohen. Mindestens 32 Millionen Tonnen Plastik landen jährlich in der Umwelt. Ein erheblicher Teil findet sich dann auch in den Meeren wieder. Auch die Ostsee und Binnengewässer sind davon mittlerweile in erheblichem Maße betroffen. Etwa 70 Prozent des Mülls an den Stränden und 40 Prozent des Mülls am Meeresboden sind Plastikmüll. Die Reduzierung von Plastikmüll in der Landesverwaltung, die Förderung von Mehrwegsystemen bei öffentlichen Veranstaltungen oder eine Informationsoffensive über die Auswirkungen und Verminderung von Plastikmüll sind Maßnahmen, die auf Landesebene umgesetzt werden müssen.

Regierungserklärung zur Lage der Peene-Werft in Wolgast [Drucksache 7/3400](#)

Wir wollen, dass Regierungschefin Manuela Schwesig eine Regierungserklärung zur Lage der Wolgaster Peene-Werft abgibt. Aus den Reihen der Koalitionspartners CDU werden schwere Vorwürfe gegen Frau Schwesig erhoben. So würde sie ein „doppeltes Spiel“ betreiben, indem sie vor Ort Verständnis heuchle und auf Bundesebene keine Partei für Vorpommern ergreife. Diese schwerwiegenden Angriffe aus ihren eigenen Koalition müssen öffentlich ausgeräumt werden.

Situation der Beschäftigten bei den Paketdiensten in Mecklenburg-Vorpommern verbessern [Drucksache 7/3401](#)

Wie gut oder schlecht sind die Arbeitsbedingungen bei den Paketdiensten in M-V? Werden alle gesetzlichen Bestimmungen eingehalten oder was muss verbessert werden? Ein Land, in dem man gut arbeiten und leben kann: das muss auch für Paketzusteller/innen gelten! Deshalb unser Antrag. Und was sagen SPD und CDU dazu? Stimmen sie unserem Antrag zu oder ist alles in Butter oder sind sie wiederum nicht zuständig?